

# General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgedäude: Dr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 13 bis 14 bzw. Völkergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Dr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Gammlnummer 7981. Druckerei: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. 7981) und Brunnenstr. 49 in Giebielshaus (Tel. 1103). Verantwortlich für die Redaktion: Albert Seeling in Halle.

Nummer 15

Halle, Freitag den 18. Januar

1918

## Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

### Günstiger Fortgang der Petersburger Verhandlungen.

(H. T. H.) Wien, 17. Januar. Das Wiener f. u. l. B. meldet aus Pests-Büro vom 17. Januar, daß nach einer Meldung aus Petersburg die Verhandlungen der Petersburger Kommission letzter Tage einen günstigen Fortgang nahmen, so daß bereits zur Formalisierung der mit den russischen Delegierten getroffenen Vereinbarungen geschrieben werden könnte.

Zur Verhandlung über den westseitigen Anstich von Arkanowas wurde ein Unterabteilung eingeleitet, der seine Beratungen am 16. Januar begann.

### Rußland und der Friede.

Petersburg (Indist.) 17. Januar. Die Petersburger Presse bringt den Wortlaut der Erklärungen Trepas in Pests-Büro. „Nimetta“ hebt hierbei eine Erklärung des Staatsrats des Auswärtigen hervor, die besagt, daß Rußland vollständig außer Acht gelassen ist, den Krieg militärisch weiterzuführen, und daß der Rat der Volksbeauftragten auch nicht darauf abgesehen, den Schatzkassenabrechnung wieder aufleben zu lassen.

Michailowitsch, der Vertreter Sibiriens in der Kommission, äußerte sich zu Petersburger Pressekreisen dahin, daß ganz Sibirien den raschen Abschluß der Friedensverhandlungen wünsche. Sibirien sei in der Lage, beträchtliche Mengen Ueberdiesgüter an Westrußland abzugeben.

Unzeit lagerten auf den sibirischen Zentralstationen mindestens 140 Millionen Rus Getreide, die nach Auslieferung der jetzt vollständig normalisierten Verkehrswege abtransportiert werden können. Die bisherigen Auseinandersetzungen in Sibirien seien infolge Erschöpfung beider Parteien bis auf weiteres erzwungen. Die Russen hätten sich über die Übergangsverhalten. Nur im äußersten Osten lägen noch Vorräte, die hier amerikanische und japanische Agenten hegen. Die sibirische Regierung sei entschlossen, die ausländischen Interventionen in Sibirien als unzulässig zu erklären.

### Der maximalistische Botschafter über Pests-Büro.

Stockholm, 18. Januar. Der russische Vertreter

des „Niemens-Russlandischen Courant“ hatte in Stockholm eine Unterredung mit dem maximalistischen Botschafter Komrowski. Dieser erklärte, daß die Schwierigkeiten in Pests-Büro erzwungen wurden. Komrowski äußerte sich sehr optimistisch über den weiteren Verlauf und war besonders überzeugt, daß die Verhandlungen geistig am besten. Der Korrespondent, welcher sagte, er hätte gehofft, daß die Botschafter keine so guten Nachrichten aus einem solchen Frieden zu schicken. Trotz der Erklärung des „Niemens-Russlandischen Courant“ sei eine bloße Drohung, denn das Meer sei völlig desorganisiert. (Berl. Tagbl.)

Der erste finnländische Botschafter in Stockholm. — Jürich, 18. Januar. (Eigenen Drahtbericht.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Stockholm: Zum ersten Botschafter Finnlands in Stockholm wurde Statensrat Nylundberg ernannt.

## Französisch-schweizerischer Zwischenfall.

Bern, 18. Januar. Die sozialistische „Berne Tagblatt“ weist darauf hin, daß unmittelbar am 17. Januar, daß nach einer Meldung aus Petersburg die Verhandlungen der Petersburger Kommission letzter Tage einen günstigen Fortgang nahmen, so daß bereits zur Formalisierung der mit den russischen Delegierten getroffenen Vereinbarungen geschrieben werden könnte.

Truppen ziehen, und zwar innerhalb jener Zone, die nach den Verträgen Frankreich verbleiben sollte. In der Nacht abend von idiosyncratisch Militär befehl werden sollte. Das Berner Wort fordert den Bundesrat zu

einer Untersuchung der Angelegenheit auf. Das Wort weist ferner darauf aufmerksam, daß die in der Schweiz bereitgestellten Holzbaracken für amerikanische Truppen in Frankreich in der Nähe der

Schweizer Grenze aufgestellt werden und fordert die Schweizer Regierung auf, die Verwendung der Holzbaracken an der Grenze zu beanstanden. (Berl. Tagbl.)

### Der Bericht der Obersten Heeresleitung.

(H. T. H.) Großes Hauptquartier, 18. Januar. Der größte Teil der Front hat die Geschwindigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Ypres wurden Gelände eingebracht. Deutlicher Kriegsschauplatz:

Rudis Sene. An der macedonischen und italienischen Front: ist die Lage unverändert. Der Größte Generalquartiermeister Ebenhorst.

### U-Boot-Arbeit im Golf von Mexiko.

(H. T. H.) Frankfurt a. M., 18. Januar. Die „Frankfurter Zeit.“ meldet aus Bern: Das „Journal“ verbreitet aus New York eine Meldung, dort ache das Gerücht, daß ein Tauchboot 100 Meilen vor der Küste von Galveston einen amerikanischen Dampfer versenkt habe. Die Nachricht habe unter dem Publikum große Erregung verursacht und an der Küste eine allgemeine Panik.

Galveston, am Golf von Mexiko gelegen, ist der wichtigste Hafen des amerikanischen Staates Texas und hat besonders in amerikanischen-amerikanischen Krieg bei den Kreuzerbeschießungen und U-Booten eine Rolle gespielt.

### 45 Prozent des Einkommens.

Berlin, 18. Januar. Der preussische Finanzminister hat in seiner Staatsrede auch der jüngsten Bestimmungen der bundesstaatlichen Finanzminister bedacht. Herr Dersch hat daraus die Unerwartet gefolgt, daß wie die durch den Krieg auferlegte Steuerlast bewältigt werden. In dieser Beziehung verdient es Beachtung, daß man in politischen Kreisen eine Vermehrung aufgestellt hat, wonach die unmittelbaren Abgaben für Reich, Staat und Gemeinden nach dem Krieg 45 v. H. des Einkommens beanspruchen werden. (Tagl. Rundsch.)

### Dr. Friedberg und die Nationalliberalen.

Solingen, 18. Januar. Der frühere nationalliberale Abgeordnete des Landtagsamtes Solingen-Remscheid, Geheimrat Dr. Friedberg, hat die Annahme abgelehnt, daß er als Ueber und nicht als Mitglied über angestrichen Mandat an die Verhandlung geknüpft, daß er als Ueber und nicht als nationalliberaler Abgeordneter das Mandat ausüben. Er stellte die Bedingung, am Vermittlung vorzugehen, die sich aus seiner gleichzeitigen Beteiligung als Staatsminister und als nationalliberaler Abgeordneter

ergeben könnten. Die Wiederwahl Dr. Friedbergs dürfte als gesichert gelten. (Berl. Tagbl.)

### Das Wiener Fremdenblatt über Bülow.

Die „Wolfs.“ will erfahren haben, daß die besonders nach Beziehungen des Wiener Fremdenblattes zu dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Auswärtigen, dessen Artikel über Bülow so lebhaft besprochen wurde, seit dem 1. Januar gelöst sind.

### General Carrolls Verhaftung?

Berlin, 18. Januar. (Eigenen Drahtbericht.) Nach dem Express-Korrespondenz soll die Verhaftung des General Carroll, der in gewissen Beziehungen zu Galloux gehandelt haben soll, bevorzugen.

### Der Fall Galloux.

(H. T. H.) Bern, 18. Januar. Die französische sozialistische Presse verlangt heute mit verdrängtem Nachdruck die Bekanntgabe der Dokumente, die Galloux Verhaftung betreffen, da der Schuldweis durch die bisherigen Bekanntmachungen durchaus nicht erbracht worden ist. Die unabhängige und fortschrittliche Presse erklärt unter heftigen Angriffen auf die Regierung, daß das in Florenz eingeleitete Verfahren ein glatter Rechtsbruch ist. Die Galloux feindliche sozialistische Presse wendet sich gegen die neuen die Militärgerichtshöfen erhobenen Beschuldigungen. Während „Sinn“ meint, daß die sozialistischen Bemerkungen, Galloux als Opfer eines Verurteils hinaus stellen, ergebnislos verlaufen würden, betont die sozialistische Presse einmütig, daß sie nicht die Gerechtigkeit verleihe, sondern bei der Sache der Republik an der Gerechtigkeit an der Ungerechtigkeit.

Berlin, 18. Januar. (Sonn.) Der Schriftsteller S. anem, Vertreter italienischer Zeitungen in Paris, wurde unter der Andeutung verhaftet, in die Angelegenheit Casanillis verwickelt zu sein.

### Der Standpunkt der französischen Sozialisten.

Im „Journal de Peuple“ vom 9. Januar entwickeln die französischen Sozialisten ihren Standpunkt in der schicksalhaften Frage: Die Wähler des Reichstages wäre unterem Nationalrats als eine bedingte Befreiung gewährt, aber ich glaube nicht, daß die Reichstagsmitglieder sich bei Wählern um den Preis ihres Lebens und des unteren Krieg englischen großen Wunden. Es ist fahndend, daß diese Gewinne diesen Schritt unter nicht schon vor einem Jahre getan hat, verneint wäre dann der Friede schon geschlossen. Eine demokratische Erbschaft mehr für einen Frieden des Rechts als die

Eröberung irgend einer noch so wichtigen Stellung. Das deutsche Volk hätte schon längst seinen friedlichen Willen geäußert, wenn man bei uns nicht die Wahrsinnigen frei herausgelassen hätte. Um die deutsche Einheit aufrechtzuerhalten, genügt es, den Deutschen Auszüge aus den französischen Zeitungen zu veröffentlichen. Was sollen die Leute anders tun, denen man (sogar) auf weiser Beweis, daß man sie austreten sollte? Die Worte unserer Demagogen waren das beste Heilmittel.

### Die englische Wehrpflicht.

Amsterd., 18. Januar. Mit Bezug auf die Mitteilung von Geddiss, daß die Wehrpflichtigkeitsverhältnisse für die Wehrpflichtigen nicht vor Ende Januar ausgearbeitet und wenn die Regierung nicht eine internationale Friedenskonferenz zusammenberufen würde, sagen die „Daily News“: Eine solche Drohung gleicht einem Betrug. Es werde ein böser Tag für die Arbeiter und die Regierung sein, wenn die Arbeiter der Nation die Waise auf die Brust legen. Mühen es aber auch ein Parlament, und das werde einrichten müssen. (Wolfs.)

### Englische Mannschäftsleiden.

Die Leiden der englischen Mannschäftsleute, die nach ihrer Wunden Niederlagen nun schon jährelang im finanziellen Kampf liegen, sind unbeschreiblich. Die Größen selbst befinden sich in höchst schlechtem Zustand. Der Bau von Unterständen ist wegen des ungenügenden Geldes nicht möglich. Nur kleine Unterstände konnten angelegt werden, deren Ertrögen immer wieder einströmen. Verbindungs- und Unterhaltungsarbeiten befinden sich außer Wasser. Aufhängungen und Gfenträge müssen über freies Feld, durch schlammigen Boden ihre Wege machen, wobei sie im höchsten Maße täglich erbliche Verluste erleiden. Die schiefen Stellungverhältnisse sind Grund für den ungeheuren großen Abgang an Kranken. Der allem graffiert die Erkrankung an „Großvater“. Auch die Verpflegung hat sich in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert. Jücker, Mehl, Gemüse, Tee und Weizen sind keine Gerichte geworden. Da die Wasserlieferung in den nordwestlichen Gebieten schief organisiert ist, trafen die englischen Soldaten trotz strengster Verbote des Baller aus dem Granatentrüben und wuschen sich damit, was wiederum schwere Erkrankungen zur Folge hat. Anfolge dieser Zustände und der schweren Verluste der letzten Monate ist die Kriegsmoral in England immer stärker geworden. Geseht hat sich das Verhältnis zu den Franzosen bereits verschlechtert. Niemand hat Lust, sich für Gfent-Ver-

ringen loszusehen zu lassen. Zur Deutung der Kriegsinnung ist das Singen auf den Wänden eingestellt, über das man sich bei den Deutschen stets lustig machte. Jücker Kanadiern und Australiern entbehren alle Reibungen, die oft in Bombardementen für ein Gebirge geführt werden.

### Ein deutscher „Spion“ zum Tode verurteilt.

Bern, 18. Januar. (Eigenen Drahtbericht.) Der Deutsche Otten, der früher in Genf lebte, ist in Frankreich wegen angeblicher Spionage vor ein Kriegsgericht gestellt worden und am Ende verurteilt. Otten wurde freigesetzt auf ein Mauthaus geschickt, bestraft und auf das andere Ufer des Sees gebracht.

### Bon der Berliner Börse.

Berlin, 18. Januar. Die Börse liegt sich heute bei hohem Geschäft in feiner Haltung an. Die Börse stellen sich besonders die schon bedrohten Reichsrenten dar. Im weiteren Verlauf erfahren die Kurse nur geringe Veränderungen. Die Bewegung zu Abschlüssen machte sich aber ziemlich allgemein geltend als die Folge der außerordentlich geringen Beteiligung am Geschäft. Die andauernden Schwermutten im Bereich des ausländischen Verkehrs trugen zu der Einschränkung bei. Am Schlussmarkt blieb der Kursstand im allgemeinen beharrlich. Letterreichlich amartige Renten waren nicht einbehalten.

### Wahlbestimmungen.

Berlin, 18. Januar. Der Wortlaut der vor einigen Tagen im Bundesrat angenommenen neuen Verordnungen über die Mittel der Reichsrenten sind erschienen. Es herrscht über bezüglich der Einzelheiten noch manche Unklarheiten, die erst durch die Ausführungsbestimmungen, die baldig folgen sollen, geklärt werden können. Jedenfalls ist bereits jetzt klar, daß die neue Verordnung auf eine Vergrößerung des Schatzkassenabfalls. Am letzten Barenverkehr (18. bis 20. Januar) sind die Reichsrenten nach wie vor Millionen, Gewinne und Abgaben. Im Handel mit Zahlungsmitteln in Sommermonaten und Sommermonaten manches offener. Zahlgeber haben kaum zu haben. Staatsschulden sind dringend gerufen, die sich aus seiner gleichzeitigen Beteiligung als Staatsminister und als nationalliberaler Abgeordneter

### Wegen erheblicher Störungen im telephonischen Verkehr konnte uns auch heute ein großer Teil Derselben nicht zugeföhrt werden.

